

# NORDBAYERISCHER KURIER

Bayreuther Tagblatt OBERFRÄNKISCHE ZEITUNG FRÄNKISCHE Presse

Ausgabe für Bayreuth Stadt und Land, Fichtelgebirge und Fränkische Schweiz

Nr. 213 / 1. Jahrgang

Bayreuth, Freitag, 13. September 1968

Einzelpreis 30 Pf

## Presse in der CSSR wieder unter Zensur

**Sowjetische Truppen ziehen sich aus den Städten in Umgebung zurück — Normalisierung unter Druck**

PRAG (upj). In Prag wurden gestern morgen bis auf eine kleine Nachhut alle sowjetischen Soldaten, die die Stadt drei Wochen lang besetzt hielten, abgezogen. Sie hatten sich in die Wälder und Felder der Umgebung zurückgezogen. Auch aus den anderen größeren Städten der Tschechoslowakei wurde der Abzug der fremden Besatzungstruppen gestern fortgesetzt.

Der Abzug der fremden Truppen soll nach Angaben aus Prager Parteikreisen in drei Schritten vor sich gehen. Der erste ist der Rückzug aus den größeren Städten in Bereitschaftsstellungen, aus denen die Soldaten nötigenfalls binnen Stunden wieder einrücken können. Die zweite Stufe soll die Massierung der sowjetischen und der verbliebenen DDR-Einheiten entlang der tschechoslowakischen Westgrenzen sein, während zu dieser Zeit die relativ kleinen Truppenkontingente aus Polen, Ungarn und Bulgarien bereits in ihre Heimatländer zurückkehren sollen. Zum 23. Oktober, dem 50. Jahrestag der Gründung der Tschechoslowakischen Republik, schließlich sollen alle fremden Truppen das Land wieder verlassen haben.

„Die Regierung erläßt auf der Grundlage der Beschlüsse des Moskauer Abkommens die folgenden bindenden Anweisungen für die Berichterstattung von Presse, Rundfunk und Fernsehen:

1. Nicht zulässig sind Veröffentlichungen, die den Eindruck der Kritik an der Sowjetunion, Bulgarien, der Deutschen Demokratischen Republik, Polen und Ungarn oder der kommunistischen Parteien dieser Länder erwecken, die als Angriffe interpretiert werden können auf die Grundlagen des Sozialismus, die kommunistische Partei der Tschecho-

slowakei, die anderen politischen Parteien, das System und die Stellung der nationalen Front, und die Stellung unserer Armee und der Sicherheitskräfte. Dies bezieht sich auch auf Informationen, die ausländischen Publikationen entnommen sind.

2. Nichtzulässig ist die Veröffentlichung von Informationen und Artikeln, in denen die ausländischen Streitkräfte auf dem Territorium unseres Staates angegriffen werden oder in denen zu Aktionen gegen sie aufgerufen wird.

3. Die Benutzung der Bezeichnung Okkupant und Okkupation ist unzulässig.

4. In der außenpolitischen Berichterstattung darf nicht die Neutralität und die Aktion (die Beschwerde über die Invasion) vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen befürwortet werden; alle Berichte müssen auf den amtlichen Positionen der tschechoslowakischen Regierung beruhen, insbesondere soweit unsere Mitgliedschaft zum Warschauer Pakt betroffen ist.

5. Nachrichten über Einzelpersonen, die Versorgungslage usw. sind sorgfältig auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen.

6. Die den Chefredakteuren übergebene Liste der wirtschaftlichen und Staatsgeheimnisse ist zu respektieren.“



UNTER DEM JUBEL der Arbeiter in den Pilsener Skoda-Autowerken dankte Staatspräsident Ludvik Svoboda den Tschechoslowaken für ihre Unterstützung während der für die Prager Reformer so schweren Tage vor, während und nach der Invasion der Warschauer-Pakt-Mächte. Lächelnd und offensichtlich zufrieden streicht er einem Mädchen über die Haare, das ihm bei seiner Ankunft in den Werken einen Strauß roter Rosen überreicht hatte.

## Begeisterung um Kiesinger in Kabul

**Letzte Etappe der Good-Will-Reise des Kanzlers in Asien — Empfang beim Königspar**

KABUL (dpa). Afghanistan hat Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger gestern einen demonstrativ herzlichsten Empfang bereitet. Die Hauptstadt Kabul war nach der Türkei und Persien die dritte und letzte Etappe der Good-Will-Reise des Bundeskanzlers.

Kiesinger, den der amtierende Ministerpräsident Ali Ahmad Popal

### Panzersoldat bei Übung getötet

HAMMELBURG (dpa). Tödliche Verletzungen erlitt der 22jährige Gefreite Rudolf Wirth vom Panzerbataillon 354 gestern bei einem Unfall im Bereich des Truppenübungsplatzes Hammelburg in Unterfranken. Der aus Michelstadt im Odenwald stammende Wehrpflichtige war auf einem Motorrad von der linken Kette eines entgegenkommenden gepanzerten Mannschaftstransportwagens erfaßt und 15 Meter weit geschleudert worden. Dem Soldaten, der einer überden Einheit angehörte, wurde der linke Unterschenkel abgerissen. Er starb auf dem Weg in das Hammelburger Krankenhaus.

auf dem mit Fahnen geschmückten Flugplatz mit militärischen Ehren willkommen geheißen hatte, wurde auf der Fahrt in die Stadt von dichten Menschenmassen, die die Straßen säumten und den Fahrzeugen nur eine enge Gasse ließen, begeistert begrüßt.

Popal, der die Regierung in Abwesenheit des erkrankten Ministerpräsidenten führt und der früher Botschafter in Bonn war, hatte den Kanzler zu dem ersten Gespräch empfangen. Die eigentliche politische Aussprache findet jedoch erst morgen statt, da heute mohammedanischer Feiertag ist.

Die letzte Etappe der Asien-Reise ist für den Kanzler und seine Diplomaten die leichteste. Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem im Herzen Asiens liegenden Staat sind durch keine Wolke getrübt. Die Bemühungen der Bundesrepublik, Freunde und Förderer der Deutschlandpolitik in der Welt zu finden, kommen den Bestrebungen des Königs und der Regierung von Afghanistan entgegen, aus einer isolierten Lage herauszukommen. Wie die Türkei und Persien liegt auch Afghanistan an der Grenze der Sowjetunion, die bisher über eine Milliarde Dollar (vier Milliarden Mark) an Entwicklungs- und Militärhilfe in das Land gepumpt hat

und die afghanische Armee ausbildet. Die USA haben bisher 440 Millionen Dollar (1,76 Milliarden Mark) und die Bundesrepublik 60 Millionen Dollar (240 Millionen Mark) gegeben. Bonn bildet auch die Polizei des Landes aus. Trotz dieses sowjetischen Übergewichts ist Afghanistan mit Erfolg bemüht, nicht unter sowjetischen Einfluß zu kommen und politisches Gleichgewicht aufrechtzuerhalten. Annäherung an die Bundesrepublik kommt diesen Bestrebungen entgegen.

## Albanien will aus Warschauer Pakt austreten

WIEN (upj). Albanien kündigte gestern an, es werde wegen der sowjetischen Invasion in der Tschechoslowakei aus dem Warschauer Pakt austreten. Die albanische Nachrichtenagentur ATA teilte mit, Ministerpräsident Mehmet Shehu habe vor der albanischen Volksversammlung den Austritt gefordert, weil Albanien „seit langem de facto aus dem Bündnis ausgeschlossen und die Zeit gekommen ist, auch aus ihm de jure auszutreten“

## „Aufschwung zügeln“

**Schiller vor dem Deutschen Genossenschaftstag**

BONN (dpa). Bundes-Wirtschaftsminister Professor Karl Schiller hat sich gestern erneut für ein normales Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik eingesetzt. „Falls notwendig, muß der Aufschwung 1969 sanft gleitend gezügelt werden“, betonte Schiller in der Bad Godesberger Stadthalle vor den etwa 700 Delegierten des Deutschen Genossenschaftsverbandes. Schiller unterstrich noch einmal die konjunkturgerechte Haushaltsgestaltung für das nächste Jahr und wies auf die Instrumente des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes hin. „Vor allem haben wir nicht im Auge, in eine Stop-and-go-Politik hineinzukommen. Wer ruckartig auf die Bremse tritt, kommt ins Schleudern.“

Sorge bereitet nach den Worten des Ministers noch die Außenwirtschaft. Schiller verwies angesichts eines in diesem Jahre voraussichtlich auf acht Milliarden steigenden Volumens deutscher Sparer in ausländischen Wertpapieren und der deutschen Verpflichtungen in Höhe von jährlich mehr als sechs Milliarden Mark — vor allem Überweisungen der Gastarbeiter, Wiedergutmachungsleistungen und Zahlungen an internationale Organisationen — auf die Notwendigkeit weiterer Exportüberschüsse als Gegenposten dieser Zahlungen. Andererseits betriebe aber auch die Bundesregierung eine behutsame Richtungs-

und Tempoänderung im Bereich der Außenwirtschaft, in dem sie zur Verminderung des Importdefizits eine Politik der Stärkung der Binnen-Nachfrage und der Förderung der Einfuhren anstrebe.



BEGEISTERT EMPFANGEN wurde Bundeskanzler Kiesinger auf der letzten Station seiner Reise in den Mittleren Osten, Afghanistan. Unser Bild zeigt drei deutschen Regierungsmitglieder (Mitte) bei der Ankunft in der Hauptstadt Kabul. Rechts der Premierminister des Gastlandes, Popal, links die Frau des Bundeskanzlers, Marie Luise Kiesinger.

## Friedensplan Saigons

**Wiedervereinigungsgespräche nach international kontrolliertem Friedensschluß und Abzug aller fremden Truppen**

NEW YORK (upj). Die südvietnamesische Regierung hat eigene Vorschläge für einen Frieden in Vietnam und die Wiedervereinigung des geteilten Landes vorgelegt.

Den Plänen zufolge sollen sowohl die Alliierten Südvietnams als auch das kommunistische Nordvietnam ihre Truppen aus dem Süden abziehen. Die Einstellung der Feindseligkeit solle international überwacht werden. Dann könnten direkte Gespräche über eine Wiedervereinigung des Landes zwischen den Regierungen in Saigon und Hanoi aufgenommen werden.

Die Pläne sind in einem Brief des südvietnamesischen Außenministers Tran Cham enthalten, den der südvietnamesische Botschafter bei den

Vereinten Nationen, Nguyen Huu Chi, im Generalsekretariat der UN überreichte.

## Kairo befürchtet neuen Angriff

KAIRO (upj). Die ägyptische Regierung rechnet offensichtlich mit einem neuen Waffengang mit Israel oder zumindest weiteren schweren Zwischenfällen am Suezkanal. Wie die halbamtliche Kairoer Zeitung „Al Achram“ gestern meldete, werden gegenwärtig 25 000 der noch verbliebenen 60 000 Einwohner von Suez evakuiert. Vor dem Junkrieg hatte die Stadt am Südausgang des Kanals 260 000 Einwohner.